

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich  
3.00 Mark, durch die Post 3.00 Mark  
auswärtig Zustellungsgeld. Be-  
stellungen werden von allen Verlags-  
stellen angenommen. Im amt-  
lichen Zeitungs-Verzeichnis unter  
"Sozial-Zeitung" eingetragen. Für an-  
sonstige eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellenangabe  
"Sozial-Zeitung" gestattet.  
Verlag der Schriftleitung Nr. 1149,  
der Zeitungs-Abteilung Nr. 1149,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133/  
Dofschack-Ring Leipzig Nr. 4609.

**Morgen-Ausgabe.**

# Sozial-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 467.

Halle, Freitag, den 5. Oktober

1917.

## Der neue Großangriff auf Ypern.

Wieder ein englischer Mißerfolg.

### Der schwedische Kabinettswechsel.

Wahlergebnis und Neutralität.

—r. Aus Stockholm, 2. Oktober, schreibt uns ein  
heimlicher Mitarbeiter:

Der Wahlsieg der schwedischen Linken hat zum Sturz des  
Konföderation Kabinetts, der Kabinettssturz zu einem jener  
königlichen Schritte geführt, die in der neueren Geschichte  
Schwedens nicht ungewöhnlich sind und jedesmal der politi-  
schen Lage eine überraschende Wendung geben. Der  
Gehaltungsang des Königs ist folgender: Für Schweden gibt  
es nur ein durchschlagendes Gebot der Stunde: Neutralität  
bis zum Ende des Weltkrieges. Die Neutralität ruht ohne  
Schwankungen nur auf dem Grunde einer unparteiischen,  
ganz deutlich gefaßt, parteilosen Regierung. Ein Partei-  
kabinetts wechelt den Eifer der bestellten Parteien, führt die  
Ansprüche des „inneren Feindes“ (das wären also jetzt  
die unterlegenen Konföderation) und führt zu Zwist, in  
die sich die freigelegten Mächte einzumischen suchen, und  
schließlich zum Krieg Schwedens selbst. Das muß um jeden  
Preis vermieden werden. Ich, der König, schlage meinem  
Volke ein Sammelministerium vor, bestehend aus zwei  
Konföderation, zwei Liberalen und zwei Sozialisten. Um  
unserer auswärtigen Politik die Stetigkeit zu wahren, möge  
Admiral Lindmann im Kabinetts bleiben. Er ist ja nur  
„Gemeinschafts-Konföderation“. Und da Herr Hjalmar Bran-  
ting mit unter vier Augen versprochen hat, in der Praxis  
sei er Neutralität, trotz seiner Vorliebe für England, so wird  
wohl auch seine Beziehung mit einem Innereingetretene  
Wohlfahrt unterliegen. Soweit die Politik des Königs. Sie  
ist klar, überlegt und voll Würde. Aber die Rechnung ist  
ohne die Parteien gemacht. Ihre Leidenschaft, ihre An-  
sprüche sind durch die Aufregung der beiden durchstobten  
Wahlen entfacht. Wozu haben wir gewählt, so lautet der  
Einwand, wenn der König das Ergebnis der Wahlen mit  
einem Feindstrich ungültig macht? Ist das Königreich  
Schweden noch ein Verfassungsstaat mit parlamentarischen  
Rechten? Ist es etwas anderes als eine Autokratie mit  
Ständeverwaltung, wenn der König je zwei Vertreter der  
drei großen Klassen Gruppen, denn das sind sie, nicht bloße  
Parteien, zur Regierung beruft? Wir verlangen, daß man  
Konsequenzen ziehe, reiner Tisch muß gemacht werden.  
1911, als die Freiwillichen siegen, holte der König sich den  
liberalen Staat. Solange die Konföderation am Ruder  
waren, regierte Hammarström und Starck, jetzt ist Bran-  
ting an der Spitze. Dies der Standpunkt der Wahlsieger.  
Es fragt sich, ob der König dem Druck von links standhalten  
wird. Er kann sich stützen auf die konföderation Kreise, die  
immer noch die meisten Vertreter der Verwaltung, der  
Offizierswelt, der Intelligenz stellen. Er hat seine ge-  
treuen Bundesgenossen in der Bauerschaft, die schon einmal  
in schwerer Stunde, als es um die Landesverteidigung ging  
— es war im Jahre des beginnenden Weltkrieges — nach  
Stockholm vor das Schicksal zog, um für die Politik des Königs  
einzutreten. Gustav V. hat endlich eine Truppenart in der  
Hand, die alles sieht: Die Sorge um die Neutralität. Vor  
dieser Sorge hat selbst ein Branting in der aufsehenerregenden  
Reduktion seine Verbrennung gemacht. Aber Branting als  
Ministerpräsident bietet nicht die Gewähr, daß das Land  
gefahrlos durch die Klippen der Neutralität leuert. Es  
sind Kräfte am Werke, die nur allzulebt geneigt sind, die  
Unabhängigkeit Schwedens augenblicklichen Vorteilen zu  
opfern, und Branting ist nicht der Mann, diesen Kräfte  
halt zu gebieten. Kürzlich nannten z. B. „Dagens Nyheter“  
einen Ausschuss aus „Fem Statsmän“ eine durchaus „for-  
reffte“ Schilderung der schwedischen Verhältnisse, obwohl er  
folgende Sätze enthält: „Der einzige Ausweg für Schweden  
ist der Abschluß eines Abkommens mit der Entente, denn sich  
die frühere schwedische Regierung so einmütig widerlegt  
hat. Wirtschaftlich und militärisch scheint Schweden abse-  
deran zu sein, den Kurs zu ändern und die demokratischen  
ententefreundlichen Parteien gewinnen jeden Tag größeren  
Einfluß.“ Dies eine Beispiel mag genügen. Es gibt aus  
den Schwärzungen, in die Schweden durch den Wahlsieg  
der Linken geraten ist, nur einen Ausweg und eine Hoff-  
nung: Daß es dem König gelingen möge, den Sturm der  
Parteien zu beschwören und ein dauerhaftes Ministerium  
der Neutralität in den Sattel zu setzen.

Die Möglichkeit der Bildung eines Koalitions-Ministeriums  
in Schweden hängt, laut „Berl. Tagbl.“ einzig von  
der Haltung der Konföderation ab. In deren Zeitungen  
wird die Aussicht auf ein liberal-sozialistisches Mini-  
sterium mit wachsender Schärfe bekämpft.

Berlin, 4. Oktober. Am 3. Oktober gelang es uns,  
trotz härtester feindlicher Gegenwirkung, unsere vorberic-  
tete Linie an der Straße Menin—Ypern vorzubrühen. Die Eng-  
länder schienen den Tag über ihre planmäßige Trommelfeuer  
überall auf unsere Stellungsbogen um Ypern fort, das sich  
gegen Abwehr zwischen Poelcapelle und Zandvoorde wieder-  
holt zu härtesten Feuerorten keigerte. Besonders plan-  
mäßiger Beschuß richtete sich gegen Zonnebete. Auch während  
der Nacht hielt vom Westrand des Houthouster Waldes  
bis zur Yge, besonders östlich Ypern, härtestes Feuer an, das  
am 4. Oktober 5 Uhr 45 Min. morgens auf der ganzen Front  
bis zum Kanal von Hollebeke schlagartig in wilden Feuer-  
wirbel überging und ununterbrochen in größter Stärke an-  
dauerte. Hier erfolgte am frühen Morgen der erwartete neue  
Großangriff gegen den Ypernbogen. Die Feindartillerie  
wieder in vollem Gange. Auch südlich des Kanals von Holle-  
bete bis zur Deule keigerte sich die Genertätigkeit bei leb-  
haftem Feuer.

An der Iperfront und nordöstlich von Vermelles, sowie  
südlich Menin wurden starke feindliche Patrouillen unter  
blutigen Verlusten für den Feind abgewiesen. Star-  
kes Feuer in der Gegen von St. Quentin verursachte in der  
Stadt neue Brände. An der Winesfont keigerte sich gegen  
Abend das Feuer an der Salzung-Ecke und in Gegen Braye  
zu zeitweise großer Heftigkeit. In Gegen Braye fehlten  
unserer Patrouillen, die bis zum zweiten feindlichen Graben  
vordringen waren, mit Gefangenen zurück.

Auch südlich von Reims brachten wir Gefangene ein.  
Oestlich der Maas blieb nach abgeklungenen zahlreichen feind-  
lichen Gegenangriffen das feindliche Feuer lebhafter und  
heftiger als von 3 Uhr 30 Min. an. Die Feindartillerie  
war in vollem Gange. Die Feindartillerie war in vollem  
Gange. Die Feindartillerie war in vollem Gange. Die Feindartillerie  
war in vollem Gange. Die Feindartillerie war in vollem Gange.  
Zwischen Maas und Meuse setzte nachmittags auf unsere  
Stellungen westlich Pont-a-Mousson plötzlich starkes feind-  
liches Feuer ein, das jedoch gegen Mittag wieder abblaute.  
In Oden keigerte sich zeitweise die Artillerietätigkeit  
nördlich der Düna und am Jorvic. An der Suezana wurden  
feindliche Vorposten trotz heftiger Gegenwirkung um etwa  
einen Kilometer zurückgedrängt. Am unteren Bereich drangen  
Sturmtrupps nördlich Maginien in die feindliche Stellung  
ein, Ipernischen feindliche Minenwerke, listeten dem Feinde  
starke Verluste zu und führten mit Gefangenen und Wa-  
feningewehren zurück. An der oberen Donau war die Ar-  
tillerietätigkeit zeitweise lebhaft.

### Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 4. Oktober. Amtlich wird verlautbart:  
Deutlicher Kriegsausplatz und Albanien.  
Unverändert.

### Italienischer Kriegsausplatz.

Der Kampf im Gabriele-Müschitt sieh gelern nach.  
Der Vortrag hat uns sechs italienische Offiziere, 40 Mann  
und zwei Berge als Gefangene eingebracht. Unser Flieger  
schossen drei feindliche Flugzeuge ab.  
An der Tiroler Front keine besonderen Ereignisse.  
Der Chef des Generalstabs.

### Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

Berlin, 4. Oktober. Amtlich. (Abendbericht.) Auf  
dem Schlachtfeld in Flandern sind die Engländer, auch bei  
dem heutigen Großangriff nur etwa einen Kilometer tief in  
unserer Abwehrzone zwischen Poelcapelle und Gelweelt ein-  
gedrungen. Besonders erbittert wird noch östlich von Zonne-  
bete und westlich Beclaire gekämpft.  
Von den anderen Fronten ist nichts Besonderes gemeldet.

### Letzte Depeschen.

Die Sozialisten in Argentinien machen nicht mit.  
Mandatsniederlegung beschlossen.

WTB. Buenos Aires, 3. Oktober. (Gazeta.) Die  
parlamentarische Gruppe der Sozialisten beschloß, ihre  
Mandate niederzulegen, da der Bruch mit Deutschland be-  
schlossen worden sei, ohne daß die Sozialisten zugestimmt  
haben.  
(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

### Anzeige

werden die 7 gepaltene Kolonialzeitung  
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-  
net und in unseren Anzeigenstellen  
und allen Anzeigen-Verhältnissen an-  
genommen. Zeilen die Seite 1 Mk.  
kommen. Zeilen die Seite 1 Mk.  
kommen. Die Anzeigen-Annahme  
vom 11 Uhr für die Sonntags-  
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-  
gen von Anzeigenaufträgen, soweit  
solche zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.  
Erscheinung täglich zweimal  
Sonntags einmal  
Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Halle, Nr. Dobraustraße 17.  
Haben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

### Die feindlichen Fliegerangriffe auf deutsche Städte.

Eine Person tot, fünf leicht verletzt — Ein  
feindliches Flugzeug heruntergeholt.

WTB. Berlin, 4. Oktober. In der Nacht vom 2. zum  
3. Oktober haben feindliche Flieger in zahlreichen Flügen  
Angriffe auf das deutsche Heimatland verübt. Insgesamt  
welche Ergebnisse haben die Angriffe nicht geblieben. Ein  
feindliches Flugzeug kam bis in die Gegend von Stuttgart  
und warf über Feuerbach 16 Bomben ab, die geringen Sach-  
schaden aber keine Verluste verursachten. Die offene Stadt  
Frankfurt a. M. wurde von etwa 10 Fliegern angegriffen,  
die aus südlicher und westlicher Richtung anliefen. Die  
meisten der abgeworfenen Bomben fielen wirkungslos  
außerhalb der Stadt nieder. Im Stabteil wurden bis-  
her 13 Einschlagstellen gezählt. Die Bomben fielen meistens  
auf Straßen und offene Plätze. Der angerichtete Sach-  
schaden ist gering. Fünf Personen wurden leicht verletzt,  
Tote sind nicht zu beklagen. Das feindliche Flugzeug  
wurde von zahlreichen Angriffen durchgeschleudert  
jedoch, wie gewöhnlich, nur wenig Erfolg hatten. Bis in die  
Gegend von Dortmund vorzudringen, gelang wiederum nur  
einem feindlichen Flieger. Er warf dort auf die Bahn-  
straße Dorfeld—Dortmund 6 Bomben ab, die den  
Bahnhof zerstört beschädigten. Bei diesem Angriff wurde ein  
Mann getötet. Zeigt der Angriff auf das westfälische  
Städtchen Dorfeld, welchen Wert die Gegner auf die  
Lohnen setzen, so zeigt ein anderer im Bereich des rhein-  
landischen Grenzortes Dorfeld, welchen Wert die Gegner auf  
den Luftangriff setzen. In Dorfeld wurden 10 Personen  
getötet, 10 verletzt und 10 verletzt. In Dorfeld wurden  
10 Personen getötet, 10 verletzt und 10 verletzt. In Dorfeld  
wurden 10 Personen getötet, 10 verletzt und 10 verletzt.

### Die Angriffe auf Heilbrunn.

WTB. Berlin, 4. Oktober. (Amtlich.) Angriffe ein-  
zelner feindlicher Flieger in der Nacht vom 2. zum 3. Okt.  
richteten sich auch gegen Heilbrunn, Ebersbach und Tü-  
bingen. Auf die beiden erlittenen drei Fliegen drei  
Bomben. Sie richteten glücklicherweise nirgends Unfälle  
an, außer in Tübingen wo durch zerlegene Feind-  
schreiber einiger Sachschaden entstand. Während zwei der  
Fliegen in die Stadt angriffen auf offene deutsche Städte  
verfolgen, ist nicht ersichtlich. In Heilbrunn befinden sich keine  
militärischen Ziele. Die Angriffe auf Baden-Baden und  
Tübingen können vollends nur als der Ausfluß von Zer-  
störungslust betrachtet werden. Die Heilbrunn des Kur-  
ortes Baden-Baden und die Kliniken in der Unterstadt  
Stadt Tübingen sind besetzt mit zahlreichen Schwerverwun-  
denen, die dort von ihren Leiden Erholung suchen. Die An-  
griffe auf weit hinter der Front befindliche Lazarett eine  
militärische Notwendigkeit sind, dürfen auch die Fliegen  
nicht zu behaupten wagen. Durch den gezielten Bomben-  
wurf der Wille des deutschen Volkes zum Durchhalten nur gestärkt  
werden.

WTB. Berlin, 4. Oktober. (Amtlich.) Eines der feind-  
lichen Flugzeuge, die in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober  
Frankfurt a. Main angegriffen haben, wurde auf dem Rück-  
flug durch unsere Abwehrmaßnahmen zur Landung ge-  
zwungen. Der Insasse war ein Marshall de Logis, das  
Flugzeug der Sopwith-Einstufiger Nr. 128 mit 130 PS Dornier  
Umlaufmotoren.

### Offiziers-Steuerfreiheit und Mannschafts- löschung.

Von Dr. Müller-Meinigen, M. D. R.  
Der jetzige Zustand der Steuerfreiheit für Offiziere ist  
ganz unhaltbar. Mittelalterliche Steuerrechte passen nicht  
für ein Volk, von dessen besten Kräften anerkannt ist,  
daß sie die allergrößten Opfer in jeglicher schwerster Zeit des  
deutschen Volkes tragen. Die Aufrechterhaltung dieses Pri-  
viliegs ist an sich ungerecht und unzulässig, aber auch wider-  
spruchsvoll und in der Differenzierung unhaltbar.  
Offiziere a. D. müssen Gemeindeentwässerung zah-  
len, während Offiziere z. D., die doch in Wirklichkeit jetzt  
nichts weiter sind als verabschiedete Offiziere höherer Dienst-  
grade, Steuerfreiheit genießen. Das Ober-Verwaltungs-  
gericht begründet in einer Entscheidung des 11. Senats vom  
11. 5. 16 (Brau, Verwaltungsblatt 1916/16 Jahrg. 37, Nr.  
98, S. 600) diese leistung Aufstellung damit, daß Offiziere  
z. D. „Jerrisberichter“ sind. Es ist aber sicherlich dem Ober-  
Verwaltungsgericht nicht unbekannt, daß es schon seit Jahren  
fein „Cervis“ in diesem Sinne mehr gibt. Rational-  
quartierjerris beziehen die Offiziere a. D., die jetzt wieder  
verwendet werden, ebenso wie die Offiziere z. D.; erstere  
wären demnach auch „Jerrisberichter“.

# Vermischte Kriegsnachrichten.

Die englischen Verluste im September.

T. U. Amherst am 4. Oktober. Die englische Verlustliste für den Monat September nennt insgesamt 2138 Offiziere und 108 200 Mann für die Armee und 100 Offiziere und 614 Mann für die Flotte. Im August betrug die Totalverluste der Armee 5284 Offiziere und 92 404 Mann.

## Die englischen Schiffverluste.

In der von Lord Northcliffe mehrfach geäußerten Ansicht, daß, solange die Verbandsregierungen die Wahrheit über die wirkliche U-Boot-Gefahr verheimlichen, der glühende Enthusiasmus, mit dem die Amerikaner ihren Aufständigen förderten, auf den amerikanischen Werften fehlen wird, bemerkt „Economist“ vom 22. September: Wenn es an diesem Enthusiasmus wirklich fehlt, dann kann die Zukunft sowohl für Amerika wie für den Verband sehr fagenlos sein. Denn was nicht es Amerika, eine große Flotte zu bauen, wenn die Schiffe, um sie nach Frankreich zu schaffen, nicht gebaut werden? Was nicht es, 16 riesige Ausbildungslager zu schaffen und Hunderttausende und Millionen von Leuten auszurüsten und auszubilden, wenn nicht die Schiffe gebaut werden, um sie nach Europa zu schaffen und dort zu verladen? Selbst im besten Falle kann der englische Schiffbau die schon erlittenen und noch erlebenden Verluste nicht vor Ende nächsten Jahres wettmachen. Auf amerikanische Schiffe sind wir angewiesen, um das Gleichgewicht in der Ära des Krieges wieder herzustellen.

## Erfolgreiche österreichische Luftangriffe.

Wien, 3. Okt. Aus dem Kriegspresquartier wird gemeldet: Seesflugunternehmungen am 29. September. Wien besetzte ein Seesflugzeug die Flughallen und Parken der Landflugstationen A. J. C. und militärische Anlagen von Montecatini aus, die mit schweren und leichten Bomben besetzt waren. Eine Zeppelin-Luftschiff und mehrere Brände wurden beobachtet. Trotz heftiger Abwehrmaßnahmen sind alle Flugzeuge unversehrt eingedrungen. Beim Nachtangriff auf Pola am 29. September wurde ein italienisches Flugzeug von einem italienischen Luftschiff zum Abbruch gebracht. Beide Insassen, italienische Fliegerleutnants, sind tot geborgen worden. Unser Kampfflieger wurde von italienischen Fliegerleutnant Graf Nollig gefeuert.

## Englischer Bericht aus Ostafrika.

Am 1. Oktober fand ein ernstes Gefecht an der Straße Lindi-Massaji, etwa 40 Meilen südwestlich von Lindi, in einem Gebiete, in dem unsere Truppenabteilungen trotz der natürlichen Geländehindernisse und des hartnäckigen Widerstandes des Feindes ständig Fortschritte gemacht haben. Starke Gegenangriffe der feindlichen Streitkräfte in diesem Gebiete wurden zurückgeschlagen; unsere Truppen behaupteten das gesamte eroberte Gebiet. Während der Zentralafrikanischen Expedition wurde eine aus 15 Europäern, 100 Mann eingeborenen Truppen und einigen hundert Trägern bestehende deutsche Abteilung, die eine geraume Zeit einen kleinen Krieg in den nördlichen Gebieten geführt hatte, 75 Meilen südlich von Lindi in Richtung auf die Küste von Ostafrika von indischen Truppen zu ergeben, nachdem sie mehrere Tage eingeschlossen war.

Aus den anderen Gebieten ist nichts zu berichten. Hierzu bemerken wir folgendes: Die erwähnte deutsche Abteilung ist wahrscheinlich ein Teil der im März d. J. aus der Gegend nordöstlich des Massaji-Sees nach Durchbrechung der englischen Linien auf Tabora vorgeschobenen Abteilung W. T. G. S.

Diese übergriff seinerzeit nach der Gefangennahme ihres Führers die Zentralbahn bei Malongwa südlich von Tabora und erreichte über Malama, den Malasa-See nördlich umgeben, die Gegend westlich des Meru-Berges, von wo sie sich wieder nach Süden wandte. Ihre Verfolgung durch kongolesische Truppen war seinerzeit schon englischerseits gemeldet worden.

offen her an. Gleichgültig bewegte sich unsere Kavallerie in einem weiten Bogen westlich um die Stadt. Nach einem schweren Kampf, der den ganzen Tag dauerte, wurden die Hauptstellungen rings um die Stadt Ramadié, östlich, südlich und südlich genommen. Zwei Meilen von der Stadt schloß die Kavallerie die Truppenlinie zu Lande, während im Norden der Angriff an der Stadt vorüberging. In der Nacht verließ der Feind einen Anfall nach Westen, aber die Kavallerie trat ihm entgegen. Bei Tagesanbruch wurde der Angriff wieder aufgenommen. Am Sonnabend um 9 Uhr vormittags erobert der Feind überall. Wir erbeuteten Geschütze, Waffen, Munition, viel Kriegsgeschütz und mehrere Tausend Gefangene, darunter Ahmed Ben mit seinem Stabe. Der Feind wurde vollkommen übermächtig. Fast die ganze Belagerung von Ramadié fiel in unsere Hand. Unsere Truppen legten große Tapferkeit, Entschlossenheit und Ausdauer unter schwierigsten Bedingungen an den Tag. Eine andere Abteilung aus Begad begabte Donnerstag nach Kanakere. Es kam zu einem schweren Schermißel, in dem wir dem Feinde Verluste zufügten, vier Mann gefangen und 300 Kamele erbeuteten. Wegen der frühen Ausdehnung des Gebietes, auf dem der Kampf bei Ramadié stattfand, ist es zur Zeit noch nicht möglich, eine endgültige und vollständige Liste unserer Beute zu geben. Wir haben indessen 13 Geschütze und 12 Maschinengewehre genommen. Etwa 200 getötete Türken sind beerdigt worden, ungefähr 600 verwundete und 300 unermordete Gefangene, darunter 200 Offiziere sind in unserer Hand.

Das W. T. G. bemerkt dazu: Die Meldung ist noch amtlichen türkischen Berichten stark übertrieben.

## Die Friedenserörterungen.

Eine neue Kriegserklärung. Der preussische Militarismus ist noch nicht vernichtet.

WTB. London, 3. Oktober. Churchill sagte in einer Rede: Unsere Gedanken sind notwendig darauf gerichtet, in dem Festhalten den entscheidenden Sieg zu sichern. Wir sind von Herzen dem Wunsch, daß Frieden auf Erden sein solle. Aber es ist keine Zeit, um über den Frieden zu reden. Wir befinden uns in der ersten Phase des Weltkrieges, in der der Kampf der Nationen sehr heftig sein wird, und in der alle Kräfte für alle Seiten geborgen, oder schimpflich oder sorglos weggeworfen werden. Es besteht kein Unterschied zwischen dem Frieden, den Asquith in seiner Rede vorige Woche im Auge hatte, und dem Frieden, den allen großen Demokraten unterliegt, die sich gegen Deutschland im Kriege befinden. Unsere Kriegsgesetze sind niedriger, aber sie sind noch nicht vernichtet. Der preussische Militarismus ist noch nicht vernichtet. Es ist keine Ueberschreibung, wenn wir sagen oder schreiben, daß die Führer des preussischen Militarismus die Feinde des Menschheitsgeschickes sind.

Wilson verlangt die Aufgabe der Beschlüsse der Pariser Vorkonferenz.

C. B. Kofel, 4. Oktober. Die Londoner „Morning Post“ meldet nach Schweizer Blättern aus Washington: Präsident Wilson verlangt die Aufgabe der Beschlüsse der Pariser Vorkonferenz.

des dem Friedensvertrage des Weltkrieges gegen die Mittelmächte fortzuführen. Eine Beibehaltung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Die Meldung klingt unmahrscheinlich, da Herr Wilson ja erst kürzlich mit dem Krieg nach dem Kriege gedroht haben soll, wenn Deutschland sich nicht unterwirft.

## Die internationale Genesellschaftsversammlung.

Bern, 4. Oktober. In der heutigen Sitzung wurde von der Siebener Kommission eine Resolution vorgelegt, die in der Form die Mißbilligung der Konferenz über das Treiben der Engländer und den Wunsch ausspricht, die Proteste aller Länder möchten alle ihre Kräfte für einen baldigen Frieden einsetzen.

Sie haben mir noch immer nicht gesagt, ob Sie etwas für mein Mädel tun wollen, Fräulein.

„Wir haben keine Arbeit für unsere Leute, liebe Frau! Können Sie sich das nicht denken?“ fragte Marianne dieich, ein nervöses Lächeln auf den Lippen.

„Ach Gott! In ein paar Wochen ist das alles wieder im Lot!“ tröstete Frau Wulff.

„Dieser Trost war billiger, aber er behalte trotzdem Marianne. Er lag noch in ihrem Ohr, als sie die Dämmerung in der Maschinenhalle fand. Daran war das Feuer scheiternd und nutzlos übergegangen, nur der brandige, heiße Geruch, der in der Luft lag, verriet, daß dieses fürchterliche Element ganz in der Wähe getobt hatte. Die Maschinen waren blank und blühten wie sonst; auf den Säulen aus Kotosofen lag kein Staubehen. Aber die Maschinen standen. Und der Maschinenmeister und der Heizer lehnten drängen vor dem kalten Ofen. Beider Mäuler waren rötlich geworden, und der Feuermeister hatte nicht mehr gehandelt, mit der schweligen Hand die Seiten empor bis unter das ganze Haar zu streifen. Heute stand kein Tröpfchen Schweiß in seinem Gesicht; es schloß gedankenlos. Was man seit nahezu dreißig Jahren getan hat ...

„Oh schön kam schon nach den ersten einleitenden Worten Marianne auf des Pudels Kern. „Ja ... die Leute ... Der Gedanke daran hat mich eine Nacht Schlaf getötet ... Ich möchte sie haben, aber ich vermag es nicht. Wenn es möglich wäre, ständen Sie mir, ein Hausen Geld.“ — er deutete nach dem Hausen Kofen — „würde mir nicht zu viel sein!“

„Ach Gott! Sie machen mir Mut ... Wir müssen die Leute beschaffen und bezahlen ... So einen großen Haufen Geld wie diesen da — sie zeigte auf die Kofen — „loftet das gar nicht.“

„Er sah ihr verblüfft in das freudig erregte Gesicht. „Behalten? Und bezahlen? Ihre Leute? Und die anderen? Die Arbeiter? Und was sonst noch alles von Menschen in der Fabrik steht — geteilt hat? Es sind aber zweihundert Leute da! ... In die zweihundertdreißig! ... Und die Schloffer extra noch.“

„Ach Gott!“ sagte Marianne, und ein Unterzorn „Energie lag in ihrer Stimme, als sie weiter sprach: „Wir müssen die Leute haben — oder nicht? Die Schloffer meinetwegen nicht. ... Aber die anderen alle ... alle!“

„Ja, die paar Schloffer machen das Kraut auch nicht

Offiziers a. D. werden jetzt in gleicher Weise verwendet wie die Offiziere a. D.; es werden in der Verwendung der Offiziere, ob aktiv, a. D., a. D. überhaupt jetzt keinerlei Unterschiede mehr gemacht. Was kommt es nun, daß gerade den Offizieren a. D. besondere Vorrechte bezüglich der Gewerbe eingetragen werden? Es ist dies nun so unverständlich, als die Offiziere a. D. de facto fast ausschließlich höhere Stabs-Offiziere und Generale sind; nur diesen wird bei der Berücksichtigung das epitheton ornans „a. D.“ im wesentlichen zugesetzt. Es ergibt sich also die Tatsache, daß die höheren Chargen mit hohen Gehältern steuerfrei bleiben, während den unteren Dienstgraden, die bei der herrschenden großen Teuerung von dem knappen Gehalt ihre Familie kaum ernähren können, noch obendrein die Steuerlast aufgebürdet wird. Das ist eine Ungerechtigkeits.

Ein General a. D. mit mobil. Gehalt von (monat. 4205) = 50 400 Mk., ein General a. D. mit immobil. Gehalt von (monat. 2000) = 24 000 Mk., freier Wohnung und erheblichen besoldeten Zulagen, bezahlt keine nennenswerten Steuern.

Ein Oberleutnant oder Leutnant a. D. mit mobil. Gehalt (monat. 370) = 440 Mk., ein Oberleutnant oder Leutnant a. D. mit immobil. Gehalt (monat. 250) = 3360 Mk., muß Steuern bezahlen. Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit? Die Steuerpflicht ist eine allgemeine Staatsbürgerpflicht. Auch die gemeindliche! Die Offiziere genießen ebenfalls die Vorteile der Gemeindefürsorge. Mit der Steuerpflicht ist nicht vereinbar, daß der arme Krieger, der durch den Krieg in seiner Steuerfähigkeit ungebührlich geschädigt wird, doch noch mehr Steuern zahlen muß, während der hohe Offizier mit seinem hohen Kriegsgeld auch jetzt, in einem Volkskrieg, diese staatsbürgerlichen Lasten abführt. Das Militärrecht § 38 A, 2 schreibt vor, daß a. l. e. zum Seeresdienst ausgehobenen Offiziere zum aktiven Heer gehören. Die Offiziere des aktiven Heeres sind bezüglich ihres Dienstverhältnisses nach dem Gesetz von der Kommunalsteuer befreit. Nach diesem Gesetz sind also eigentlich die zum aktiven Heer einberufenen Offiziere a. D. auch steuerfrei.

Und weiter: nach dem gemeinsamen Erlaß der Minister des Innern und der Finanzen vom 28. 4. (J. 35, Nr. 11 4006) sollen auch Nichtberufssoldaten von der Gemeindefürsorge befreit sein. Dasselbe gilt freilich in praktischer Anwendung; man sieht, daß dieses privilegium odiosum so weit unmaßig gehen darf. Steuern — gut! Einwohner — aber! Was dem einen recht ist, ist dem Andern billig. Die lokale Billigkeit erfordert die gleichmäßige Besteuerung dieses unpassenden Privilegiums.

Das Volk spricht heute viel, sehr viel von den zu hohen Kriegsgeldern der oberen Chargen in einem so lange dauernden Volkskriege um die Erziehung des Reiches und des Volkes! Die Unterschiede sind so viel zu niedriger Löhnen der Unteroffiziere und Mannschaften, die geradezu aufsteigend wirken und die Beschäftigten in Summe hier garnicht angedeutet werden sollen, sind zu hoch, als daß sie nicht die Stimmung auf die Dauer nachteilig beeinflussen könnten.

Wäre man doch endlich dem Verlangen des Parlaments auf Erhöhung der Löhnen der Mannschaften und Unteroffiziere nachgeben, die dem unbedingten notwendigen sozialen Ausgleich wenigstens einigermaßen entspricht; das ist die Forderung des Tages, nicht aber das hohe Festhalten an alten Steuerprivilegien, die ein Sohn auf die Opfer des kleinen Mannes sind, und in der jetzigen Notlage der deutschen Gemeinden erbitend auf weite Kreise des deutschen Volkes wirken.

hier endlich! überbar würde es wirken, wenn die betreffenden hohen Gehaltsträger selbst freiwillig angesichts der Not des Vaterlandes ihre Bereitwilligkeit zu Verabfolgung ihres hohen Gehaltes durch Teilweiserklärung erklären würden. Aber leider versteht man sich bei uns schlecht auf solche „moralischen Erörterungen“.

## Ramadié von den Engländern genommen.

Englischer Bericht aus Mesopotamien vom 1. Oktober: Wir griffen eine vorgeschobene Stellung bei Musfeld, vier Meilen östlich von Ramadié, am Freitag an. Nach der Besetzung des Müdens von Musfeld griffen die Hauptstellungen in der Gegend von Ramadié von Süd-

## Die kleine Claus.

Roman von Clara Faust.

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ein paar Längen vom Lumpenhäuschen entfernt führte eine Brücke über den Fluß. Marianne ging darüber, dann weiter auf dem Wege, der sich hinter der Fabrik in Richtung der Feuerlöcher und des Hauens, das hart daran lag, drückten sich Ringelsteine, unter die Hausfrau trat die Frau, das Kinngeißel auf dem Arm. Das Lamento über das Feuer begann. Neben Augenblick hatten sie geglaubt, ihr Häuschen würde abrennen, und sie hatten nicht verzweifelt. Sie war guter Hoffnung und meinte, sie hätte den Tod von dem Schreck und der Aufregung haben können. Der Ton, in dem sie das sprach, war ein wenig vorwurfsvoll, als ob Marianne an diesem Schreck schuld trage und es nun nach an ihr sei, sie sollte zu entschuldigen. Oh schön war es doch ein netter Mann, und das Fräulein des Hauens hatte etwas bei ihm. Und sie verlangte ja so wenig, blutwürg, nur für ihre Wildba hat sie. Das Fräulein möchte ihre Tochter in Arbeit nehmen und ihre eine gute Maschine geben, auf der sich etwas verdienen ließe.

Marianne lächelte und deutete mit der Hand auf die Weife, auf der alles das in wüstem Durcheinander lag, was die Feuerwehreute durch das Fenster hinausgeworfen hatten; Maschinen, die durch den Sturz aus den Fenstern ihre ursprüngliche Gestalt verloren hatten, Zertrümmertes, in Fetzen zerhackt, das herumlag, das Hausen, aus dem die Waren während des Sturzes herausgefallen waren ... Woll- und Baumwollgarne und Seide ... bündelweise ... Alles lag aufeinander, durcheinander, und die langen Eisensteile der Aufwindmaschinen riefen sich drohend in die Luft. Das Wasser im Fluß vermochte sich nur mühsam einen Weg zu bahnen durch das, was jetzt aufsteht in seinem Bette lag. Es trach darunter weg, gluckerte sich an den Seiten durch und floß, wenn es nicht allzu hoch war, darüber hinweg.

Die Frau war Marianne's Bild gefasst. „Die schönen Sachen!“ fragte sie. „Wenn die mannde Arme hätte ... Und mit einem Bild nach dem Himmel setzte sie hinzu: „Und wenn es so weiter regnet, wird das Wasser aus und in unser Häusel herein ... Der Fabrik drüben, da hat der Herr vorgefagt ... da ist mit dem Zement nicht gepakt worden ...

fest!“ sagte Oh schön. „Aber es ist gar nicht im Grunde an das zu denken, was Sie mir da vorklagen! Haben Sie eine Ahnung davon, was es kostet, die Leute zu bezahlen? Ein halbes Jahr? Die Leute bezahlen ... ohne irgendeine Gegenleistung dafür zu erhalten?“ Er lachte gereizt, kurz auf. „Ein langes, halbes Jahr.“

„Ein halbes Jahr!“ Sie zog ungläubig lächelnd die Mundwinkel herab. „Das wäre doch unerföh!“

„Es ist aber doch so!“

„Der sagt denn das?“ Sie lachte. „Da hat sich ja jemand bei Hund geschick vollgenommen.“ Er schüttelte den Kopf. „In der großen, grauen Augen, die fragend auf ihn gerichtet waren. Ja, wer hätte es denn gleich gesagt? Doch wohl Baummeister Geert!“

„Aber genau wüßte er es nicht, es war am gestrigen Tage zu viel auf ihn heringestiegen ... Schließlich war das auch Nebenläge ... eher werden würde es auf einen Fall!“

„Aber nein!“ Marianne schüttelte den Kopf. „Das ist ja ... Wenn ich behenke, was da oft für Käse in einem Jahre entstehen ... Und hier, die paar Mauern in der Höhe zu bauen?“ Das glauhe ich nicht!“

„Mag sein!“ sagte er getötet. „Aber Ihr Vorschlag, Fräulein Claus, ist unausführbar! ... Haben Sie eine Ahnung, was das wohl kosten mag?“

Sie trat eilig zu der Kiste neben der Feuerung, in die der Bespring täglich die Auerste von den eingelaufenen Briefkästen warf. Mit der einen Hand griff sie ein graues grünes Auerste heraus, mit der anderen räumte sie sich schon den Rest des Auerste als Schutt und Trümmer aus. Dem Blei, dem sie ihrer Arbeitstage entnahm, war der andere Teil der Spitze abgedrungen; es schied sich schießlich mit dem kantigen Gratpatt aus dem rauhen Holz, und in der Hand und Eile, die dem, was sie vorhatte, not zu tun schien. Sie rechnete und rechnete ... und das Herz klopfte ihr fühlbar in der Brust; die Verlegenheit stieg ihr zu Kopf, die Wangen glühten ihr, und die Ohren brannten ... Und sie rechnete, kritisch und letzte von neuem an. Das stimmte nicht ... konnte nicht stimmen ... losh habe Sammel! Umständlich ... mühselig!“

„Aber nein!“ Sie ließ den Bleistift sinken. „Wenn das da stimmt, zirka 20 000! ... Aber das scheint mir ...“

„Aber Sie auf diese Summe kommen!“ wunderte sich Oh schön. Er rechnete in seinem Kopfbuch.

(Fortsetzung folgt.)

# Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. Oktober.

Am Bundesratsstag Dr. Helfferich, Graf Noebern.  
Präsident Dr. Kaempff eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Die Interpellationen betreffend Handhabung des Verzetns- und Verwaltungsverordnungs- und Agitation durch Besatzung in der Besatzungszone des Reichs werden, wie Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt, am kommenden Sonntagabend vom Reichstag beantragt werden. Der Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Reichsrechts wird auf Antrag des Abg. Dr. Pfleger (Zentrum) einem Ausschuss von 14 Mitgliedern verwiesen. Darauf wird die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes zur

Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte fortgesetzt.

Abg. Schiele (Kaufl.): Wir begrüßen die Vorlage mit großer Genugtuung. Neben der Industrie hat auch die Landwirtschaft ein hohes Interesse daran, dann aber auch die Arbeiterfrage. Erreichlich ist, daß die Sozialdemokratie sich für die Vorlage erklärt hat. Wir müssen für den Krieg nach dem Krieg gerüstet sein, der auf wirtschaftlichem Gebiete auszuweichen sein wird. Den geistlichen Änderungsantrag lehnen wir ab. Ein Eingreifen der Behörden in die freie Erziehung der Schifffahrt müssen wir vermeiden. Die Abg. Alpers (Deutsche Fraktion): Die Schifffahrt unserer Schiffsbesitzer ist noch nicht zu überleben, zumal die Verhältnisse in Argentinien noch ungeklärt sind. Ein Reichsschiffahrtsmonopol wäre nicht zu empfehlen.

Abg. Henke (Unabh. So.): Die Grundzüge, die in der Kommission in der Haltung der beiden sozialdemokratischen Mitglieder, die beide Vertreter von Gewerkschaften waren, zutage traten, beweisen, daß die ganze Frage noch nicht spruchreif ist. Der Gesetzentwurf müßte zum mindesten Garantien enthalten, die die Interessen der Arbeiterfrage sichern. Was gehts der hohen finanziellen Bedürfnisse darf der Reichstag nicht ausgegallt werden. Das Reaktionsrecht der Seemächte muß vor allem gesichert werden. Es ist noch nicht klar, wie das Reich die Mittel zur Deckung dieser Bedürfnisse aufbringen soll. Für Arbeiterinteressen und bei der Kürzunge für die Kriegserfahrungen geizte die Regierung nicht immer solche Voraussetzungen, wie bei dieser Vorlage zugunsten der hiesigen Kapitalisten. Auch wir wollen den Wiedereinstieg der Handelsflotte, aber in anderer Form.

Damit schließt die Generaldebatte. § 1 wird angenommen. Bei § 2 begründet Abg. Walthein (F. Fr.) einen Antrag, der den über 6 Prozent hinausgehenden Gewinn dem Reiche als Rückvergütung sichern will und sagt, wer die Reedereien noch immer als starke Kapitalisten bezeichne, könne die wahren Verhältnisse nicht. Falls die Reedereien wieder zu größerer Blüte gelangen, müßten Garantien geschaffen werden, daß das Reich wieder zu seinem Gebilde käme. Ministerialdirektor Dr. v. Tommasch: Es versteht sich von selbst, daß wir den Reedereien keine Gewinne machen wollen. Die Reeder verfahren, wie die zuletzt geäußerten Einreden beweisen, aber keineswegs das Kapital. Die Anträge, die Besitze nur als Darlehen zu gewähren, sind unannehmbar. Die Reeder müssen wissen, woran sie sind. Deshalb soll das Geld risikofrei gegeben werden. Eine Befreiung des Reiches an dem Gewinn würde stets als Damoklesschwert über der Zukunft der Schifffahrt schweben.

Abg. Sätze (natl.): Die in Aussicht genommenen Zurücksetzungen an den Friedenspreisen sind nicht zu hoch bemessen. Der etwaige Ausfall unserer Handelsflotte ist dringend nötig, um uns von der ausländischen, namentlich der englischen Schifffahrt zu befreien. Es handelt sich nicht um eine Lebensnotwendigkeit gegenüber den Reedereien.

Abg. Stahlhagen (Unabh. So.): Die Reeder sind durchaus nicht notleidend, sondern heßen sich außerordentlich pfänzlich. Der Mittelstand hat anders durch den Krieg gelitten. Die ungeheure Liebesgabe von einer Milliarde Mark auf Kosten der Allgemeinheit würde den Gesamtmarkt der Handelsflotte vor dem Kriege um eine Viertel Milliarde übersteigern.

Abg. Zell (Ztr.): Von einer Ueberlieferung in der Beratung der Vorlage kann keine Rede sein. Neuerliche Anträge bedarf es nicht mehr. Eine bestimmte Stala für die Staatskraft ist nicht nötig. Unser Antrag, der die Gewinnsbeteiligung einem späteren Gesetz vorbehalten wissen will, ist kein Kaufschußparagraf. Der Gedanke unseres Antrages ist auch in einer Resolution vom Ausschuss wiederholt worden. Berücksichtigen wir das Gesetz möglichst bald, und zwar in Hinblick auf das Ausland.

Abg. Walthein (F. Fr.): Unser Antrag wird dem Reiche die Möglichkeit offen lassen, zu dem Gewinn der Reeder teilzunehmen, wenn die Geschäfte der Gesellschaften wieder besser sein sollten. Jetzt ist die Lage der Reedereien tatsächlich sehr ungünstig.

§ 2 bleibt unverändert. § 3 wird mit dem Antrage des Zentrums angenommen. Bei der Abstimung über die Grundzüge, die Bemessung der Zuschläge betreffend, wenn der Friedenssaarpreis durch die Verkaufsüberschritten wird, wird ein fortschrittlicher Antrag in einmaliger Abstimmung mit 126 gegen 115 Stimmen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung morgen um 2 Uhr (Anfragen, Nachtragsratet betreffend Teilung des Reichslandes des Innern usw.). Schluß 6 Uhr.

# Deutsches Reich.

Der neue Presschef des Reichskanzlers.

Berlin, 4. Oktober. Landrat Freiherrn a. Braun ist für die Dauer seiner Tätigkeit als Presschef des Reichskanzlers die Dienstbeziehung kaiserlicher Direktor mit dem persönlichen Range der Räte erster Klasse vom Kaiser verliehen worden.

# Bundesratsbeschlüsse.

Berlin, 4. Okt. In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: Der Entwurf eines Gesetzes zur Veränderung des Reichsheimatgesetzes, der Entwurf einer Bekanntmachung betr. Veränderung der Verordnung über den Verkehr mit Eisenbahnen vom 8. März 1917 und der Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Privatversicherungsunternehmungen.

# Hetrenhaus- und Wahlrechtsvorlage.

T. U. Berlin, 4. Oktober. Wie der „National-Zeitung“ aus Abgeordnetentreffen mitgeteilt wird, ist die Nachricht, daß die Reform des Wahlrechts vom Abgeordnetenhause mit der Reform des Hetrenhauses verknüpft werden soll, falsch. Es handelt sich hier um zwei formell voneinander getrennte Vorlagen, zu denen noch eine dritte kommt, die die Neuverteilung der Wahlbezirke vorstelt. Diese Dreiteilung ist politisch von großer Bedeutung, da sie das Zusammenkommen der Reform, wenn auch mit wesentlichen Vorbehalten, zwar nicht gewährleistet, aber doch möglichlicher macht.

Daß die Vorlagen von der Regierung als Einzelgesetze ausgearbeitet sind, ist richtig. Trotzdem besteht die Absicht bei verschiedenen Parteien, die Vorlagen miteinander zu verknüpfen, gerade weil man die wesentlichen Mehrheiten verhindern will, um — wenn man schon die Wahlrechte nicht verhindern kann — die Zusammenlegung des Hetrenhauses reaktionär zu gestalten.

# Ausland.

Der neue Standal in Frankfurt

Gegen den Gerichtspräsidenten Mannier ist ein Disziplinärverfahren eröffnet worden. Ueber die Vorgehensweise berichtet Folgendes:

Die Beschlagnahme zahlreicher Papiere bei dem Großspekulanten W. O. P. in Frankfurt, die Mannier mit W. O. P. in Frankfurt in rechtlicher Hinsicht stand und W. O. P. seine zahlreichen Geschäftsunternehmungen der Regu- lation Manniers unterstellte. Man fand u. a. den Entwurf eines auf den Suez-Kanal bezüglichen Finanzgeschäfts, das mit dem früheren Abgehen vereinbart war und das Mannier begutachtet hat. Infolge dieser Feststellung hat der Justizminister Berzel im Laufe der Woche den Präsidenten Mannier zur Rede gestellt und ihm empfohlen, seine Beschlagnahme von Papiere in rechtlicher Hinsicht mit Entlassung zurück zu ziehen. Er versicherte, daß W. O. P. auch heute noch ein Mannmann sei und er diesen Finanzmann in der uneingeschränkten Weise beraten habe. Daraufhin beschloß der Justizminister die Einleitung des Disziplinärverfahrens. Wie jetzt die Wälder melden, ist W. O. P. nach dem Eingang eines Telegramms aus New York, in dem die Papiere mittelst, daß W. O. P. im Jahre 1916 von der Deutschen Bank 1.600.000 Dollar gezahlt wurden, verhaftet worden.

T. U. Genf, 4. Okt. Der Standal W. O. P. in Frankfurt nimmt immer größeren Umfang an. Sein Vertreter, Abokat Benzer, erklärte dem „Berliner Journal“, daß „höchste Persönlichkeiten“ in die Affäre verwickelt seien. Der Abgeordnete Cunct brachte einen Interpellationsantrag ein, in der die Regierung erwidert wird, bekanntzugeben, welche Maßnahmen sie gegen die Zeitungen zu ergreifen werde, die von W. O. P. finanziell unterstützt werden. Trotzdem Charles Humbert die 5/6 Millionen, die er von W. O. P. erhalten hat, zurückzugeben will, bringen mitschlägliche Blätter neue Enthüllungen über das Geld, mit dem Humbert vor der Beteiligung W. O. P. gerettet hat.

# Frühere Einberufung der Sobranje.

WTB. Sofia, 4. Oktober. (Bulgarische Telegraphen-Agentur.) Auf Grund eines Beschlusses der Regierung wird die Sobranje für den Oktober einberufen werden, das ist 13 Tage vor dem für die Eröffnung der ordentlichen Session festgesetzten Termin.

Die Kandidaten des polnischen Regentkassates nicht bestätigt?

c. B. Warschau, 3. Okt. Nach einer Meldung des „Pretikauer „Dziennik Karadown“ wurden die von der Uebergangskommission des Staatsrates vorgelegenen Kandidaten für den Regentkassat nicht bestätigt. Es fanden deshalb nach zweierlei Richtungen Weisungen statt. Der einen Dingen handelte es sich um die grundsätzliche vom Regentkassat abzugebende Erklärung, welche die Uebernahmung der Politik der polnischen Regierung mit der Politik der Mittelmächte lenkte die Einstellung der Politik gegenüber Ausland betreffen soll. Diese Erklärung sollte auf keine größeren Schwierigkeiten. Nächst soll eine Besprechung heider Generalgouverneure mit der Uebergangskommission über die Form dieser Erklärung stattgefunden haben. Es handelte sich darum, ob der Regentkassat sie in der Form eines Antrages an das Volk oder in der Form einer amtlichen Erklärung gegenüber den Regierungen bekanntgeben soll. Festgelegt wurde die erste Form vorgezogen.

# Halle und Umgegend.

Halle, den 5. Oktober 1917.

# Bettelbriefe.

Tropfen von unglücklicher Stadtverwaltung und der Privatwohlthätigkeit alles niedriger geachtet, um wirkliche Not, namentlich solche, welche durch den Krieg entstanden ist, zu beseitigen oder nach Kräften zu lindern, verstehen es nicht, die Armenvermittlung sehr wohl bekannte Personen, die einzeln Wohlthätigkeit zu misbrauchen, indem sie Verwandten, Bekannten usw. gerade jetzt in launen Briefen um Unterstützung oder Darlehen ansetzen. Nicht selten werden diese herabsetzenden Schreiben der Postlage auf Anwartszeit und es werden einzeln oder mehrere, meistens mit Hinweiden, ergelassen. Es kann nicht dringend genug empfohlen werden, unbekanntem Bittstellern nichts zu geben, bevor man sich nicht bei der „Ausfallstelle der Armenverwaltung, A. M. Steinstraße 81“ mündlich oder schriftlich erkundigt und ihr etwaige Briefe zur Kenntnis gebracht hat. Wenns bitten die gemeinnützigen Bittbriefschreiber nur deshalb um Ironische Distinktion, weil sie die Aufhebung ihrer unerhörten Brandstiftung fürchten. In diesen schweren Kriegsjahren ist es erst recht notwendig, die Sorgen von Reichen zu lindern und dafür zu sorgen, daß nicht die wirkliche Bedürftigkeit auf Kosten der Armenverwaltung und der Wohlthätigkeit durch leichtfertiges Geben benutzet werden. Die Armenverwaltung hat schon wiederholt solche Bettelbriefschreiber gerichtlich bestrafen lassen und wird es auch in Zukunft tun, selbstverständlich mit Zustimmung der Aufsichtsbörde.

# Brotspekulation und Kartoffelration.

Keine Beschränkung der Brotration.  
Das Ergebnis der im Laufe vorgenommener Untersuchungen macht, wie von selbständig bereits mitgeteilt wird, die Streckung unseres Brotes notwendig, wenn die jetzige Brotration des ganzen Wirtschaftsjahres hinreichend ausreicht erhalten werden soll. Günstigerweise erlaubt unsere alte Kartoffelration diese Streckung. Da aber alle Vorräte an Trockenkartoffel- rationswaren nicht vorhanden sind, kann die Streckung des Brotes mit Kartoffelmehl, die von vielen Bezircken begünstigt werden dürfte, allgemein erst vom 1. Februar 1918 an erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die erforderlichen Vorräte angekauft sein.

Bis zum 1. November dieses Jahres ist eine Streckung über laup nicht in Aussicht genommen. Bis dahin wird die jetzige Brotration von 220 Gramm pro Kopf und Tag weitergehen. In der Zeit vom 1. November bis 1. Februar werden den Gemein- de- und Kartoffelration in einem Umfange zur Verfügung gestellt werden, die eine Streckung der Brotration von 220 um 10 Prozent ermöglicht, womit die Ration der ecken beiden Kreisstädte wieder hergestellt wird. Falls eine Gemeinde es zuzulassen sollte, diese Streckung nicht vorzunehmen, die Ration sollte vielmehr direkt zu verteilen, so soll sie zu einer Erhöhung der Kartoffelration rate berechtigt sein, die dann etwa 1 1/2 Pfund pro Kopf und Woche betragen würde. Die Ausmaßung des Getreides von 94 Vres- mülch vorläufig beibehalten werden.

Wenn die Entscheidung bis zum 20. September bis 5. Okt. vorgenommen wird, ein besseres Ueberergebnis der Getreideernte erzielen sollte, so wird der Mehrertrag nicht zu einer Erhöhung der Brotration, sondern zu einer Vergrößerung der Aus- maßung benutzt werden, durch die man einmal die Qualität des Brotes weiterlich verbessern und gleichzeitig die so notwendige Mele als Nahrungsmittel für unsere Landwirtschaft gewinnen würde.

Ergebnisse der Heintzen von Militärpersonen bescheiden zwei Verhängungen des Kriegsministeriums. Die Heintzenordnung bestimmt, daß der Einkommensnachweis von dem Offizier vor Gericht oder vor einem Notar zu führen ist. Dies schließt nicht aus, daß der Notar durch einen Bevollmächtigten ersetzt wird, wenn der Offizier verhindert ist, den Notar zu besuchen. Man fand u. a. den Entwurf eines auf den Suez-Kanal bezüglichen Finanzgeschäfts, das mit dem früheren Abgehen vereinbart war und das Mannier begutachtet hat. Infolge dieser Feststellung hat der Justizminister Berzel im Laufe der Woche den Präsidenten Mannier zur Rede gestellt und ihm empfohlen, seine Beschlagnahme von Papiere in rechtlicher Hinsicht mit Entlassung zurück zu ziehen. Er versicherte, daß W. O. P. auch heute noch ein Mannmann sei und er diesen Finanzmann in der uneingeschränkten Weise beraten habe. Daraufhin beschloß der Justizminister die Einleitung des Disziplinärverfahrens. Wie jetzt die Wälder melden, ist W. O. P. nach dem Eingang eines Telegramms aus New York, in dem die Papiere mittelst, daß W. O. P. im Jahre 1916 von der Deutschen Bank 1.600.000 Dollar gezahlt wurden, verhaftet worden.

Die Heintzenordnung des Heintzenverfahrens bescheiden zwei Verhängungen des Kriegsministeriums. Die Heintzenordnung bestimmt, daß der Einkommensnachweis von dem Offizier vor Gericht oder vor einem Notar zu führen ist. Dies schließt nicht aus, daß der Notar durch einen Bevollmächtigten ersetzt wird, wenn der Offizier verhindert ist, den Notar zu besuchen. Man fand u. a. den Entwurf eines auf den Suez-Kanal bezüglichen Finanzgeschäfts, das mit dem früheren Abgehen vereinbart war und das Mannier begutachtet hat. Infolge dieser Feststellung hat der Justizminister Berzel im Laufe der Woche den Präsidenten Mannier zur Rede gestellt und ihm empfohlen, seine Beschlagnahme von Papiere in rechtlicher Hinsicht mit Entlassung zurück zu ziehen. Er versicherte, daß W. O. P. auch heute noch ein Mannmann sei und er diesen Finanzmann in der uneingeschränkten Weise beraten habe. Daraufhin beschloß der Justizminister die Einleitung des Disziplinärverfahrens. Wie jetzt die Wälder melden, ist W. O. P. nach dem Eingang eines Telegramms aus New York, in dem die Papiere mittelst, daß W. O. P. im Jahre 1916 von der Deutschen Bank 1.600.000 Dollar gezahlt wurden, verhaftet worden.

Die Heintzenordnung des Heintzenverfahrens bescheiden zwei Verhängungen des Kriegsministeriums. Die Heintzenordnung bestimmt, daß der Einkommensnachweis von dem Offizier vor Gericht oder vor einem Notar zu führen ist. Dies schließt nicht aus, daß der Notar durch einen Bevollmächtigten ersetzt wird, wenn der Offizier verhindert ist, den Notar zu besuchen. Man fand u. a. den Entwurf eines auf den Suez-Kanal bezüglichen Finanzgeschäfts, das mit dem früheren Abgehen vereinbart war und das Mannier begutachtet hat. Infolge dieser Feststellung hat der Justizminister Berzel im Laufe der Woche den Präsidenten Mannier zur Rede gestellt und ihm empfohlen, seine Beschlagnahme von Papiere in rechtlicher Hinsicht mit Entlassung zurück zu ziehen. Er versicherte, daß W. O. P. auch heute noch ein Mannmann sei und er diesen Finanzmann in der uneingeschränkten Weise beraten habe. Daraufhin beschloß der Justizminister die Einleitung des Disziplinärverfahrens. Wie jetzt die Wälder melden, ist W. O. P. nach dem Eingang eines Telegramms aus New York, in dem die Papiere mittelst, daß W. O. P. im Jahre 1916 von der Deutschen Bank 1.600.000 Dollar gezahlt wurden, verhaftet worden.

Der Allgemeine Arbeiterverein hat sich die Interessen ver- antwortet am Freitagabend 5 1/2 Uhr in der Kaiser-Wilhelm- halle einen Beschlusstag. Mit dem Beschlusstag Englan- ds für den Herz Konstantin von Bulgarien gewonnen ist. Der Vertrag tritt bis u. a. auf die Erlohnung des Reichtums in ostslawischen Kreuzzugskämpfern, wo er Ungewissung der Ränge zwischen Russen und Polen war. Am Schluß wird der Zusammenhang zwischen „L. So. und Arbeiter-Verbands-Verband.“

# Provinzial-Nachrichten.

Rörsdorf, 3. Okt. (Der Arbeitsbeschmitt der 3. Oberzahl R. Rörsdorf) beginnt Dienstag, den 16. Oktober. Das Röhrenrohr wird daher schon in den nächsten Tagen in Angriff genommen, um die nötigen Kraftsarratungen zu beschaffen; nur ist wegen der Bodenbarte, welche für Menschen und Spannvieh bei dieser Arbeit viel Schwierigkeit verursacht, erst ein hinreichender Regen erwünscht.

Jena, 4. Okt. (Die Universitätskosten- vermittlungskasse.) Nach einem Anschlag des Prorektors am schwarzen Brett der Universität Jena ist die Kostenerhebung der Studierenden im Einverständnis mit der Ortskostenstelle in der Weise geregelt worden, daß die Studierenden, die Kosten beanspruchen, sich bei dem Uni- versitätsrentamt zu melden haben. Das Universitätsrentamt bezieht allmonatlich die Zufahrtskosten für die Studie- renden und fündigt sie diesen auf Verlangen der Ent- kennungsart gegen abweisende Beschlüsse der darauf an- zusehenden Kosten aus. Den Ueberbringern der Zufahrts- kosten werden die darauf zu entnehmenden Kosten all- monatlich an bestimmten Tagen, die durch Anschlag am schwarzen Brett bekanntgegeben werden, im Hof des Uni- versitätsgebäudes zugewogen und über- wiesen.

Memleben, 3. Okt. (Stelektion.) Beim Reinigen eines Kellers des Rittergutes Memleben stieß man auf acht noch gut erhaltene Stele, die in ungerader Lage nur circa 80 Zentimeter tief unter der Erde ohne Säure ver- graben lagen.

